

Erftstadt kompakt

Schule & Bildung

Stadt für Jung und Alt

Neue Verkehrskonzepte



Der
Bürger-
meister
für alle:

Dr. Franz-Georg Rips

DAS WIRD ANDERS

Das Wichtigste aus dem Wahlprogramm der

Familien mit Kindern



Sanierung & Klimaschutz

Wirtschaft & Einzelhandel



Erfststadt Kompakt



Bürgerplatz Liblar: Beschluss verzögert

Liblar. Was passiert mit dem Bürgerplatz nach der Kommunalwahl am 30. August 2009? Diese Frage stellt sich Liblars Ortsbürgermeisterin Isolde Moron (SPD) zu Recht. Denn völlig unnötig haben CDU und FDP eine von der Verwaltung vorgesehene Sondersitzung des Ausschusses Straßen, auf der der Umbau des Bürgerplatzes in Liblar beschlossen werden sollte, vom 20. August auf den 2. September verschoben. Da der Platz mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II finanziert werden soll, muss der Umbau schnellstens erfolgen. Dass CDU und FDP die Sondersitzung auf einen Termin nach der Kommunalwahl verschoben haben, lässt Böses befürchten. ■

Brücke wird endlich saniert

Gymnich. Die Johannisbrücke in Gymnich soll im August endlich saniert werden. Wie Gymnichts Ortsbürgermeister Kurt Kukla (SPD) jetzt erfahren hat, werden das barocke Bauwerk und die angrenzende Mauer repariert und saniert, die ein Autofahrer mit seinem Wagen im Juli 2008 gerammt und zerstört hatte. Zusätzlich wird die Brücke durch eine Betonplatte verstärkt, damit auch Lastwagen mit einem Gewicht von mehr als 3,5 Tonnen die Johannisbrücke befahren können. Für die Fußgänger und die Radfahrer wird eine neue Brücke aus Aluminium nördlich der Johannisbrücke über die kleine Erft gebaut.

Die Gesamtkosten belaufen sich auf 120.000 Euro. 40.000 Euro zahlt die Versicherung des Unfallfahrers, 35.000 Euro erhält die Stadt als Zuschuss für die Denkmalpflege vom Land.

Nachdem sich monatelang an der Brücke nichts mehr tat, fragte Kurt Kukla Anfang Juni bei der Verwaltung nach. ■



Gymnichts Ortsbürgermeister Kurt Kukla auf der Johannisbrücke

SPD macht weiter Druck

Bliesheim. Die SPD macht weiter Druck, damit das Teilstück Merowingerstraße zwischen Jakob-Giesen-Platz und dem Kreisel an der Kreuzung Merowinger-/Karolingerstraße schnellstens in einen verkehrssicheren Zustand versetzt wird. SPD-Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen hat sich nun selbst an den zuständigen Landesbetrieb Straßen mit der Bitte gewandt, das Teilstück vorrangig zu sanieren. Den Beschlussvorschlag der SPD im zuständigen Straßenbauausschuss, den Landesbetrieb aufzufordern, dieses Teilstück unverzüglich in einen ordentlichen Zustand zu versetzen, lehnten CDU und FDP ab. Dies, obwohl der Landesbetrieb die Stadt hatte wissen lassen, dass er frühestens im nächsten Jahr eine Sanierung in Angriff nehmen will. Vorausgesetzt, das Land stellt die erforderlichen Finanzmittel im nächsten Jahr bereit. ■

Gymnich. Die Kreuzung Dirmerzheimer

Neue Erkenntnisse

Straße/Gymnicher Hauptstraße/Brüggener Straße/Kohlstraße beschäftigt seit Jahren die Gemüter der Gymnicher. Anfang des Jahres einigten sich alle Beteiligten über die notwendigen Baumaßnahmen zur Umgestaltung der Straßenführung.

Die große Überraschung kam, als Ortsbürgermeister Kurt Kukla (SPD) nachhakte, wie es

denn nun weitergehe. Da erhielt er die Antwort, dass die besprochenen Maßnahmen nicht ausgeführt werden könnten. Mehr Aufklärung gab es bis heute nicht. Kurt Kukla fragte deshalb noch einmal nach. Er will nun von der Verwaltung wissen, wieso sie zu dieser neuen Erkenntnis gekommen ist und wann endlich mit einer Änderung des unhaltbaren Zustandes an der besagten Kreuzung gerechnet werden kann.

Mehr Straftaten

Erfstadt. Die Zahl der Straftaten ist in Erfstadt im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr von 2602 auf 3059 gestiegen. Das ist ein Plus von 17,6 Prozent. Besonders stark zugenommen hat die Zahl der Sexual-Delikte von 13 auf 23, was einer Steigerungsrate von 76,9 Prozent entspricht. Gestiegen ist auch die Zahl der Körperverletzungen von 152 auf 257 mit einem Plus von

69,1 Prozent. Die Gewaltkriminalität ist insgesamt um 10 Prozent, die Straßenkriminalität um 10,4 Prozent gestiegen.

Damit hat Erfstadt die höchste Steigerungsrate bei der Kriminalität im Erfstkreis zu verzeichnen. Kreisweit stieg die Zahl der Straftaten von rund 36.000 auf 37.600 (plus 4,6 Prozent). In Nordrhein Westfalen ging die Zahl sogar zurück.

„Dass Erfstadt im Rhein-Erfst-Kreis immer noch die wenigsten Straftaten zu verzeichnen hat, darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die Zahl der Straftaten weit überdurchschnittlich im letzten Jahr gestiegen ist“, so der Erfstädter SPD-Vorsitzende Uwe Wegner. Es müsse nun genau analysiert werden, warum es zu dem eklatanten Anstieg der Straftaten in Erfstadt gekommen ist und wie dieser Trend umzukehren sei, so Wegner weiter. ■



Nun sind die Verantwortlichen gefordert, den negativen Trend umzukehren

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir Erfstädter Sozialdemokraten wollen den Wechsel. Wir wollen einen Neuanfang in unserer Stadt. Unser Wahlslogan heißt deshalb: „Das wird anders“.

Mehr tun für Erfstadt, heißt unsere Devise. Was wir tun wollen, wie wir die Dinge anpacken wollen, erfahren Sie in der Titelgeschichte dieser Ausgabe von Erfstadt kompakt. Dort stellen wir Ihnen unser Wahlprogramm in Auszügen vor. Mit dem Programm machen wir Lösungsvorschläge und Angebote, über die wir gerne mit Ihnen diskutieren. Unser vollständiges Programm finden Sie im Internet unter www.das-wird-anders.de

In dieser Ausgabe von Erfstadt kompakt informieren wir Sie wie immer gewohnt klar und deutlich über die aktuellen politischen Themen in Erfstadt. So unter anderem über die Zukunft der Bäder, den Streit um den City-Lauf oder die Zusammenlegung der Hauptschulen. Abwarten, still halten und aussitzen lautet derzeit die Maxime, unter der die Ratsmehrheit von CDU und FDP die Zukunft Erfstadts verspielt. Möglichst viele Entscheidungen werden auf den Tag nach der Kommunalwahl verschoben.

Warum eigentlich? Fehlen die Konzepte, fehlt der Mut zur Entscheidung, streut man den Erfstädtern Sand in die Augen, um dann nach der Kommunalwahl unpopuläre und rein parteitaktische Entscheidungen zu treffen? Wer die Politik in Erfstadt während der vergangenen Jahre genau verfolgt hat, weiß, dass alle drei Gründe eine Rolle spielen. Genau deshalb braucht Erfstadt den Neuanfang, den politischen Wechsel.

Die Redaktion wünscht Ihnen viel Spaß beim Lesen der neuen Ausgabe von Erfstadt kompakt.

Weitere interessante Berichte, Hintergründe und Kommentare zu aktuellen politischen Themen finden Sie auf der Internetseite von Erfstadt kompakt (www.Erfstadt-kompakt.de)

EDITORIAL



Bernd Bohlen,
Vorsitzender der
SPD-Fraktion im Rat
der Stadt Erfstadt



Uwe Wegner,
Vorsitzender der
SPD Erfstadt

Impressum

Herausgeber: SPD-Erfstadt, Vorsitzender Uwe Wegner (verantwortlich), Bahnhofstraße 38, 50374 Erfstadt;

Redaktion: Bernd Bohlen, Helmut Ockenfels, Uwe Wegner;

Fotos: Bernd Bohlen, Jörg Kliem, Helmut Ockenfels;

Grafik und Realisation: MS Kompakt GmbH, Amsterdamer Straße 27, 50735 Köln, Telefon: 02 21/5 34 87 51, Fax: 02 21/5 34 87 53;

Druck: Media-Print, Postfach 2 50, 24756 Rendsburg; **Auflage:** 21 000

W

ir wollen mehr tun für Erftstadt“, kündigten Bürgermeisterkandidat Dr.

Franz-Georg Rips, Parteivorsitzender Uwe Wegner und Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen bei der Pressekonferenz anlässlich der Vorstellung des Wahlprogramms der Sozialdemokraten an. Die Stadt brauche wieder eine verlässliche Führung durch Rat und Verwaltung. Klare Entscheidungen seien gefragt, damit Erftstadt wieder Anschluss gewinne.

Ob Schulen, Kindergärten, kommunaler Klimaschutz, ein starker Einzelhandel, bessere Verbindungen mit Bus und Bahn, das Miteinander von Jung und Alt oder das ehrenamtliche Engagement der Erftstädterinnen und Erftstädter in Vereinen und Organisationen, die Erftstädter Sozialdemokraten machen klare Aussagen darüber, wie es in Zukunft weiter gehen soll. Ihre Lösungsansätze und Vorstellungen sehen Rips, Wegner und Bohlen als ein Angebot an die Erftstädter zu einem ausführlichen Dialog über die zukünftige Entwicklung der Stadt. „Nur gemeinsam lassen sich die formulierten Ziele erreichen“, sind sich Rips, Wegner und Bohlen sicher.

ERFTSTADT - STADT FÜR JUNG UND ALT

Die Erftstädter werden älter. Die Einwohnerzahl stagniert. Dieser Trend, von dem sich die Stadt Erftstadt nicht abkoppeln kann, wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus. Zurückgehende Kinderzahlen haben Folgen für Kindergärten und Schulen, der zunehmende Anteil der Älteren wird das Wohnen allgemein als auch die Infrastruktur stark beeinflussen. Die Sozialdemokraten setzen sich deshalb für die Entwicklung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ein. Ein solches Konzept beinhaltet die unterschiedlichsten



MEHR TUN FÜR ERFTSTADT

DAS WIRD ANDERS

Erftstadts Sozialdemokraten gehen mit klaren Zielen und klaren Konzepten in die Kommunalwahl 2009. Sie wollen den Neuanfang. Sie wollen den politischen Wechsel. Ihr Kommunalwahlprogramm steht deshalb unter dem Motto „Das wird anders“

Es gibt viele zentrale Themen, die nach dem Wahltag am 30. August unbedingt angepackt werden müssen

ten Umgebung und damit ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Auch für alternative Wohnideen sind die Sozialdemokraten aufgeschlossen. Modelle des preiswerteren und Ressourcen sparenden Bauens sollen eine Chance bekommen. Neue Formen des Zusammenlebens der Generationen sollen erprobt werden.

AUS- UND WEITERBILDUNG

Bildungspolitik bedeutet für die Sozialdemokraten in erster Linie auch Chancengleichheit. Dies fängt im Kindergarten an, umfasst die gesamte Schulzeit und die lebenslange Weiterbildung. So setzen sich die Sozialdemokraten für ein ausreichendes Kindergartenangebot auch für die unter Dreijährigen ein. Bis zum Jahr 2013 sollen weitere neun Kindergartengruppen geschaffen werden. Dies erhöht nicht nur die Chancengleichheit aller Kinder, sondern ist auch eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Diesem Ziel dient auch der Ausbau der Übermittagsbetreuung an den sieben Grundschulen. Die weiterführenden Schulen müssen den modernen Anforderungen angepasst werden. Dazu gehören unter anderem Ganztagsangebote, eine moderne Ausstattung der Schulen. Die beiden Gymnasien sollen im Oberstufenbereich eng kooperieren.

Angesichts der Entwicklung der Schülerzahlen strebt die SPD die Zusammenlegung der beiden Hauptschulen zu einer Schule in Lechenich an. Dies schafft ganz neue Möglichkeiten für das Schulzentrum in Liblar, in dem neben dem zusätzlichen Bedarf von Gymnasium und Realschule auch andere Angebote untergebracht werden können, zum Beispiel Jugend-



Ganz wichtig: Familien mit Kindern, intakte Schulen, Ausbildung und Beruf



Die Lösung der prekären Verkehrssituationen in den einzelnen Stadtteilen



Wirtschaft und Einzelhandel müssen gefördert werden

Alle SPD-Kandidaten auf einen Blick. Damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben. Und die wichtigsten Punkte ihres neuen Programms finden Sie auf den Seiten 4 bis 7

Handlungsfelder: Wohnen, Einkaufen, Arbeiten, Kindergärten, Schulen, Aus- und Weiterbildung, Mobilität und Verkehr, ein stärkeres Miteinander der Erfststädter Ortsteile, Gesundheit und Krankenversorgung, Natur- und Landschaftsschutz, sowie Sport, Freizeit und Kultur sind Themen, die in einem solchen Konzept bearbeitet und verknüpft werden müssen.

Wichtiger als die Ausweisung neuer Baugebiete ist die Verbesserung der bisherigen Siedlungsstrukturen. Die Wohngebiete müssen modernem Wohnen angepasst, der Wohnungsbestand generell energetisch verbessert werden. Das Gros der Wohnungen ist weder behinderten- noch altengerecht und muss deshalb umgebaut werden, um den Bewohnern ein möglichst langes Leben in der angestamm-

Kommunalpolitischer Dialog

Der Bürgermeisterkandidat der SPD, Dr. Franz-Georg Rips, will den Gedanken des Miteinanders durch die Einrichtung eines kommunalpolitischen Dialogs fördern. Unter Moderation des Bürgermeisters werden aktuelle Themen der Stadtpolitik aufgearbeitet und erörtert. Auf diese Weise wird allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eingeräumt, sich in die Beratungs- und Entscheidungsprozesse der kommunalen Selbstverwaltung einzubinden. „Mein Ziel ist es, den in der Stadt vorhandenen Sachverstand für gute Lösungen zu aktivieren und die Beteiligungsmöglichkeit als eigenständigen Wert kommunaler Demokratie zu fördern“, erklärt Rips.



räume oder sogar die Musikschule.

Ein klares Bekenntnis geben die Sozialdemokraten zum Erhalt der Bibliotheken, der Musikschule und der Volkshochschule ab, als wichtige Aus- und Weiterbildungseinrichtungen. Die Verwirklichung des Hauses der Erwachsenenbildung (VHS), wird durch die Zusammenlegung der beiden Hauptschulen wahrscheinlicher, da das Ville-Gymnasium dann komplett in das Liblarer Schulzentrum umziehen kann und die Räume an der Marienschule für die VHS frei werden.

Bei der Musikschule muss jetzt entschieden werden, ob das Gebäude, in dem sie bisher untergebracht ist, saniert werden kann, oder ob ein Umzug in das Schulzentrum Liblar oder sogar in das Einkaufszentrum sinnvoller ist. Der jetzige Standort ist aufgrund von Standfestigkeitsuntersu-

chungen stark ins Gerede gekommen und gefährdet.

EINKAUFEN

Wichtig ist den Sozialdemokraten eine Stärkung des Einzelhandels. Ein gutes Einzelhandelsangebot ist ein wichtiger Standortfaktor für eine Stadt. Die Erftstädter sollen zukünftig mehr Waren des täglichen und gehobenen Bedarfs in Erftstadt bekommen. Die Kaufkraftbindung muss erhöht und gestärkt werden. „Wir sind froh, dass es nun endlich gelungen ist, das von uns geforderte Einzelhandelskonzept auf den Weg zu bringen“, erklärt Bernd Bohlen.

Die Sozialdemokraten erwarten sich davon Antworten auf die Fragen, wie zum Beispiel die größeren Einzelhandelsstandorte in Liblar und Lechenich erhalten und wenn möglich verbessert, sowie zusätzliche Einzelhandels-

branchen angesiedelt werden können und wie der tägliche Bedarf auch in kleineren Ortsteilen gesichert werden kann.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Die Wirtschaftsförderung muss nach Ansicht der Sozialdemokraten auf neue Füße gestellt werden. „Wirtschaftsförderung ist Chefsache“, erklärt Dr. Franz-Georg Rips. Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit müssen stärker miteinander verzahnt werden. Personell muss die Wirtschaftsförderung so ausgestattet sein, dass sie ihre Aufgabe im Wettbewerb mit den Nachbargemeinden erfüllen kann. Für den Wirtschaftspark Erftstadt müssen ein neues Konzept und eine neue Vermarktungsstrategie entwickelt werden.

GUTE VERKEHRSANBINDUNGEN

„Eine Flächengemeinde wie Erftstadt braucht gute Verkehrsanbindungen in der Stadt und in der Region. Die Leistungen von Bus und Bahn, sowie die Nutzung des Autos und Fahrrades müssen sich ergänzen“, heißt es dazu im SPD-Programm. Herzstück im Bus- und Bahnverkehr bleibt eine Attraktivitätssteigerung des Bahnhofes in Liblar, ein besseres Angebot der Bahn, sowie eine bessere Anbindung

des Bahnhofes an die einzelnen Stadtteile. Ausbauen wollen die Sozialdemokraten das Radwegenetz. Sie streben den Beitritt Erftstadts in die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte NRW an. Dazu sind eine Reihe von Vorarbeiten (Überarbeitung Radwegenetzplan, Verbesserungskonzept für den Radverkehr) notwendig. Vordringlich ist für die Sozialdemokraten die Verringerung der Verkehrsbelastungen in den einzelnen Ortsteilen. Neben der Verkehrsberuhigung ist für die Sozialdemokraten vor allem der Bau von Umgehungsstraßen eine der wichtigsten Lösungsmöglichkeiten. Um den gesamten Verkehrsbereich in geordnete Bahnen zu lenken, setzen sich die Sozialdemokraten für ein gesamtstädtisches integriertes Verkehrskonzept ein.

KLIMASCHUTZ

Klimaschutz ist den Sozialdemokraten nicht nur ein Anliegen in Sonntagsreden. Sie machen ganz konkrete Vorschläge zur Verringerung des Energieverbrauchs und für den Einsatz regenerativer Energien. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der energetischen Sanierung der städtischen Gebäude und Einrichtungen. Dies dient dem Klimaschutz und hilft auch, teure Energien einzusparen. Die Stadtwerke sollen zu einem Energiekompetenzzentrum ausge-

Stadtwerke ausbauen

Die Erftstädter Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, dass die Stadtwerke zusätzliche Aufgaben übernehmen. So wollen sie die Stadtwerke zu einem modernen Energiezentrum ausbauen.

Die Stadtwerke können zum Beispiel in neuen Wohn- oder Gewerbegebieten die Wärmeversorgung übernehmen und dazu Blockheizkraftwerke (Kraft-Wärme-Kopplung) bauen und betreiben. Das von Dritten gebaute Nahheizkraftwerk im Schulzentrum Lechenich hätte nach Ansicht der Sozialdemokraten auch von den Stadtwerken gebaut und betrieben werden können. Die Sozialdemokraten können sich auch vorstellen, dass die Stadtwerke das städtische Stromnetz übernehmen.

baut werden, das einerseits Energie liefert, andererseits Möglichkeiten entwickelt, die Energieeffizienz zu erhöhen und Energie einzusparen. Von seinem Angebot sollen vor allem auch die privaten Haushalte profitieren. Der seit Jahren geforderte Energieberater bleibt ganz oben auf der Agenda der Sozialdemokraten.

BÜRGERBETEILIGUNG UND BÜRGERSERVICE

„Wir wollen, dass sich die Erftstädter mehr als bisher in der Kommunalpolitik engagieren“, erklärt Bürgermeisterkandidat Dr. Franz-Georg Rips. Dazu sollen sowohl die Informationsmöglichkeiten verbessert werden, als auch eine weit über die gesetzlichen Vorgaben hinaus gehende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen. Rips macht sich vor allem für die Einrichtung eines „Kommunalpolitischen Dialogs“ stark (siehe Kasten auf der Seite 5 oben)

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Erftstadts Sozialdemokraten setzen auf das bürgerschaftliche Engagement in der Stadt. Es sind vor allem die Vereine und Organisationen, die in der Stadt ein vielfältiges Angebot unterbreiten und so das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Miteinander in der Stadt fördern.

Deren Arbeit wollen die Sozialdemokraten mit besten Kräften unterstützen. Aufgabe der Stadt ist es, diese Aktivitäten zu unterstützen und die notwendigen Infrastruktureinrichtungen zu schaffen. Im Sportbereich sind dies Sportplätze,

Sporthallen und Freizeitanlagen. Im kulturellen Bereich vor allem die Bereitstellung von geeigneten Räumlichkeiten.

FINANZEN

Ohne eine Sanierung der maroden städtischen Finanzen ist Erftstadt mittelfristig nicht überlebensfähig. „Die Sanierung ist die Grundvoraussetzung dafür, Handlungsspielräume für die Umsetzung von wichtigen Projekten zu gewinnen. Nur eine solide Konsolidierungspolitik sichert kommunale Selbstverwaltung“, heißt es dazu wörtlich im Wahlprogramm. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sowohl die Einnahmen gesichert und verbessert als auch die Ausgaben konsequent begrenzt werden.

Die Stärkung der Wirtschaftsförderung, der Ausbau des Einzelhandels, der Ausbau der Stadtwerke zu einem modernen Energiezentrum sind für die Sozialdemokraten unter anderem Möglichkeiten, die Einnahmesituation zu verbessern. Maßnahmen zur Ausgabendämpfung sind unter anderem die Sanierung und Modernisierung von städtischen Gebäuden und Einrichtungen, die Konzentration der Nutzung städtischer Immobilien, der Verzicht auf die Umsetzung neuer Maßnahmen und Vorhaben ohne genaue Kenntnisse der Folgekosten (Finanzierung, Pflege, Instandhaltung), die Prüfung aller bestehenden Verträge, die Konzentration auf die wesentlichsten Aufgaben und die konsequente Durchführung präventiver Maßnahmen. ■



... für die Attraktivität aller Stadtteilzentren



... um geeigneten Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen



... um die Angebote für Freizeit, Sport und Kultur zu optimieren

**Das vollständige Programm
finden Sie im Internet auf der Seite
www.das-wird-anders.de**

ERFTSTÄDTER BÄDER SANIEREN



www.erftstadt-kompakt.de

Mehr zum Thema **Bäder in Erftstadt** finden Sie auf der Internetseite www.erftstadt-kompakt.de unter dem Stichwort Hintergrundinformationen.

Erftstadt. Die SPD-Fraktion will die unendliche Diskussion über die Zukunft der Bäder noch vor der Kommunalwahl beenden. Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Bernd Bohlen beantragte Dr. Franz-Georg Rips, Bürgermeisterkandidat der SPD, die Stadtverwaltung mit der Erstellung eines Sanierungskonzeptes für die Erftstädter Bäder zu beauftragen. Die Sanierung der Bäder sei die

preiswertere Alternative, begründen die beiden Sozialdemokraten den Vorstoß der SPD-Fraktion. Außerdem könnten die durch die Schließung einzelner Bäder wegfallenden Kapazitäten keineswegs durch den Neubau eines zentralen Kombi-/Spaßbades aufgefangen werden.

In ihrem Vorgehen bestätigt fühlen sich die Sozialdemokraten durch eine Reihe von Exper-

ten. So hat der Stadtsportverband erklärt, dass die durch die Schließung einzelner Bäder wegfallenden Kapazitäten nicht aufgefangen werden können. Die Schulleiterinnen und Schulleiter haben in einem dringenden Appell davor gewarnt, die Lehrschwimmbecken zu schließen. Sie fürchten, dass die jetzt schon knapp bemessenen Schwimmstunden, die für den schulischen Sportunterricht zur

Verfügung stehen, weiter reduziert werden. Gerade für Schwimmanfänger hätten die kleinen, übersichtlichen Lehrschwimmbecken deutliche Vorteile gegenüber größeren Bädern.

Bestätigt fühlen sich die Sozialdemokraten auch vom Bundesverband Deutscher Schwimmmeister (BDS), der sich bei einem Empfang in Wesseling klar gegen die Schließung kommunaler Bäder ausgesprochen hatte. Dessen Vorsitzender, Paul Böcher, sagte, dass die besten Bemühungen des BDS, das Fachpersonal weiter zu qualifizieren, nichts nützen würden, wenn kurzsichtige Volksvertreter meinten, mit Bäderschließungen ihren maroden Haushalt sanieren zu können.

Bestätigt sieht sich die SPD-Fraktion auch durch die vielen Unterschriftenaktionen, die in den Erftstädter Stadtteilen in den letzten Wochen durchgeführt wurden. So sind in Kierdorf weit über 3000 Unterschriften für den Erhalt des Freibades gesammelt worden. Die Grundschule in Erp und die SPD haben über 1800 Unterschriften für den Erhalt des Lehrschwimmbeckens in Erp zusammengetragen und die Jugendabteilung des BC Bliesheims rund 1.000 Unterschriften für den Erhalt des Lehrschwimmbeckens in Bliesheim.

Dass sich nun auch einzelne Ortsverbände der CDU gegen die Schließung der ortsnahen Bäder aussprechen, sei ein Erfolg der beharrlichen Politik der SPD-Fraktion, erklärt Bernd Bohlen. „Wenn die CDU-Ratsvertreter zu den Beschlüssen der Ortsverbände stehen, muss unser Antrag auf Sanierung in den Ratsgremien jetzt die erforderliche Mehrheit bekommen.“

„Wir wollen noch vor der Wahl eine klare Entscheidung“, so Bohlen. Die Wählerinnen und Wähler sollten wissen, wie es mit den Bädern weiter geht. Notfalls werde seine Fraktion eine Sondersitzung kurz nach den Sommerferien beantragen. ■



Freibad Lechenich

Lechenich. Warum erst jetzt, hat sich der eine oder andere gefragt, als er in der Lokalzeitung las, dass im Freibad Lechenich eine automatische Chlordosierungsanlage eingebaut wurde. Dem Verein „Sonnen, Schwimmen, Spaß“, der das Bad fünf Jahre lang im Auftrag der Stadt betrieb, war zuvor eine Reparatur immer wieder versagt worden. Das sei nicht nötig. Eine Chlordosierung per Hand sei durchaus möglich. Immer wieder hatte das Kreisgesundheitsamt Kritik an der Wasserqualität geübt und mit einer Schließung gedroht. ■

Dr. Franz-Georg
Rips

**KOMPETENT
& SOZIAL**

**DIE BESSEREN
KONZEPTE FÜR
ERFTSTADT**

BÜRGERMEISTER FÜR ALLE

SPD

Beide Erftstädter Hauptschulen sind laut Schulentwicklungsplan nur noch einzügig und müssen von daher zusammengelegt werden. Die Zahl der Hauptschüler wird weit unter 400 absinken. Im Schulentwicklungsbericht heißt es dazu wörtlich, dass sich beide Schulen „einer so geringen Schulgröße nähern, in der ein geordneter Schulbetrieb mit einem umfassenden Bildungsangebot nicht mehr gewährleistet ist“. Schuldezernent Volker Erner muss nun endlich handeln (siehe auch untenstehenden Kommentar).

Der Schulausschuss hat mittlerweile in einer Koalition der Vernunft gehandelt. SPD, FDP, sowie zwei fraktionslose Ratsmitglieder beschlossen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, dass der Schuldezernent nun klären soll, unter welchen Voraussetzungen die Liblarer Carl-Schurz-Hauptschule bis zum Jahr 2015 auslaufen und mit der Theodor-Heuß-Hauptschule in Lechenich zusammengelegt werden kann. Gleichzeitig soll er aufzeigen, was zu tun ist, damit diese Schule ab 2010/2011 keine neuen Eingangsklassen mehr bildet.

„Die SPD ist für eine starke Hauptschule“, erklärt der schulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Helmut Ockenfels. Angesichts der zurückgehenden

Zwei einzügige Hauptschulen sind gesetzeswidrig

Die Aufrechterhaltung zweier einzügiger Hauptschulen in einer Stadt verstößt gegen das Schulgesetz in Nordrhein Westfalen. Das geht aus einer Stellungnahme der Schulaufsicht hervor, die Erftstadts Schuldezernent, Volker Erner (CDU), den Mitgliedern des Schulausschusses zur Kenntnis gab. Im Gesetz heißt es hier klar und deutlich, dass Hauptschulen mindestens zwei parallele Klassen pro Jahrgang haben müssen



Schülerzahlen müsse die Hauptschule auf einen Standort konzentriert werden. Da Lechenich

heute schon die größere der beiden Hauptschulen sei und außerdem als Ganztagschule

geführt werde, sei es sinnvoll, die Schulen in Lechenich zusammenzulegen. ■

Der aktuelle Kommentar



Helmut Ockenfels,
schulpolitischer Sprecher
der SPD-Fraktion

Was nun, Herr Schuldezernent?

Sowohl der Gesetzgeber als auch die Vernunft gebieten es, die beiden kleinen Hauptschulen in Erftstadt zu einer starken Hauptschule zusammen zu legen. Es besteht akuter Handlungsbedarf. Zuständig ist Schuldezernent Volker Erner (CDU).

Doch der ist in einer Zwickmühle: Die CDU Erftstadt, für die er als Bürgermeister kandidiert, schreibt in ihrem Wahlprogramm, dass sie die beiden Hauptschulstandorte erhalten will. Sie gibt eine Garantieerklärung für den Bestand der Liblarer Hauptschule ab. Das steht nun mehr im krassen Widerspruch zu dem, was die Schulaufsicht des Landes NRW dazu sagt. Als Schuldezernent ist Volker Erner dazu verpflichtet, die Gesetze des Landes umzusetzen.

Als zuständiger Dezernent muss Erner sich jetzt von diesem Teil des Wahlprogramms seiner Ortspartei distanzieren.

Das Gebäude der Musikschule steht auf wackeligen Füßen



KEINE GLANZLICHTER

Liblar. Das Aus für die Jugendkulturhalle neben der Musikschule in der Heidebroichstraße kam plötzlich und für viele unerwartet. Ausgelöst wurde es durch das peinliche Hickhack über die Standfestigkeit und den Sanierungsaufwand für das Musikschulgebäude. „Angesichts dieser Diskussion ist dieser Standort für die Jugendkulturhalle nicht mehr haltbar“, zog SPD-Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen für seine Fraktion die Reißleine. Niemandem könne man erklären, dass man für die Jugendkulturhalle einen Standort favorisiere, der nur durch Gründungsmaßnahmen des Gebäudes realisierbar sei.

Die Schuld für dieses Desaster sieht die SPD-Fraktion eindeutig bei der Stadtverwaltung. Dass man dort ein Bauleitverfahren für die Errichtung der Jugendkulturhalle bis zum Ende durchgezogen habe, ohne den Untergrund zu prüfen, halten die Sozialdemokraten für schlichtweg abenteuerlich. Die SPD-Fraktion hofft nun, die Jugendkulturhalle im Schulzentrum Liblar unterbringen zu

können, wenn dort die Hauptschule sukzessive aufgelöst wird. Nicht gut zu sprechen ist die SPD-Fraktion auch auf die Verwaltung wegen der undurchsichtigen Manöver in der Diskussion über die Sanierung der Musikschule. Jahrelang habe die SPD sich für eine Sanierung eingesetzt, so der Liblarer Stadtverordnete Franz Schmidt. Ein von der SPD durchgesetztes Gutachten,

das bereits Ende 2007 fertig gestellt war, wurde erst im Spätsommer 2008 vorgestellt. Rund zwei Millionen Euro sollte eine Komplettsanierung des gesamten Gebäudes kosten. Kaum vorstellbar, angesichts der finanziellen Probleme der Stadt.

Die beauftragte Architektin hatte auch noch abgespeckte Versionen für die Sanierung erarbeitet. Vor allem deshalb, weil sie an der

Standfestigkeit des Gebäudes zweifelte. Als dies öffentlich wurde, hieß es seitens der Verwaltung, diese Vorstellungen seien von der Architektin selbst zurückgezogen worden. Das Gebäude sei völlig standsicher und sanierungsfähig. Doch auch diese Aussage entsprach nicht mehr den Tatsachen. Wenig später lag dem Fachausschuss eine Vorlage der Verwaltung vor, in der sie dazu riet, wegen der Standfestigkeit der Musikschule nur noch dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Langfristig sei der Umzug in ein neues Gebäude unausweichlich.

Doch auch diese Aussage steht noch auf sehr wackeligen Füßen. Das endgültige Gutachten lag Anfang Juni dem Rat noch nicht vor. „Das Hickhack um die Musikschule, das peinliche Aus für die Jugendkulturhalle, das sind wahrlich keine Glanzlichter für die Arbeit der Stadtverwaltung“, erklärt der Liblarer SPD-Stadtverordnete Franz Schmidt. ■

Behindertengerechtes Planen und Bauen

Erfststadt. Behindertengerecht Planen und Umbauen – was ist notwendig und was soll sich die Stadt leisten? Über diese Frage kam es im Betriebsausschuss Straßen Anfang Juni zu erheblichem Streit zwischen der SPD-Fraktion auf der einen Seite, Verwaltung, CDU und FDP auf der anderen Seite.

Grund für den Streit lieferte einmal mehr die Frage, ob der knapp 700.000 Euro kostende Umbau der Bonner Straße in Lechenich den Mindestanforderungen an eine Barrierefreiheit genügt, oder ob hier nachgearbeitet werden muss, wie der Gymnicher Willi Vieth meint, der sich bestens mit dem Thema auskennt. Er erhebt den Vorwurf, die Stadtverwaltung habe beim Umbau der Bonner Straße grob gegen Gesetze und DIN-Vorschriften zur Barrierefreiheit im Straßenbau verstoßen.

Die Stadt selbst glaubt, dass sie alles richtig gemacht hat. Gleichzeitig lässt sie aber für teures Geld ein Gutachten von einem unabhängigen Planungsbüro erstellen. Natürlich lag das Gutachten zur Sitzung des zuständigen Fachausschusses nicht vor.

Im Ausschuss wollte die SPD-Fraktion dann wissen, warum die Fachverwaltung nicht selbst dazu in der Lage ist, Fragen nach der Einhaltung von allgemeinen Bestimmungen, intern und pflichtgemäß zu beantworten. Wissen wollte die SPD-Fraktion auch, war-



um der Rat über den gesamten Schriftverkehr mit Willi Vieth nie informiert wurde sowie vor der Beauftragung des Gutachtens die Kosten nicht genannt wurden. CDU und FDP lehnten den Antrag der SPD-Fraktion ab, die Aussagen des Gutachtens in der Ratssitzung Ende Juni zu behandeln und wollten auch nicht, dass die Verwaltung die Fragen beantwortet. Ein ungeheurerlicher Vorgang.

CDU und FDP lehnten auch den Antrag des Gymnichers Willi Vieth ab, dass die Stadt Erfststadt sich bei zukünftigen Baumaßnahmen ausschließlich nach den zuständigen Gesetzen und Regelwerken, sowie nach den geltenden DIN-Normen und den Bestimmungen des „Leitfadens Barrierefreiheit im Straßenraum“, des Landesbetriebes Straßenbau in NRW richtet. Stattdessen soll die Verwaltung nun auf ihren eigenen Vorschlag hin prüfen, was denn nun demnächst an Regelungen in Erfststadt zum barrierefreien Umbau und Ausbau eingehalten werden soll. Darüber will sie dann mit dem Behindertenbeirat, der noch eingerichtet werden muss, und dem Fachausschuss eine Empfehlung erarbeiten. „Erfststadt braucht kein eigenes Regelwerk zum barrierefreien Bauen. Da muss die Stadt nichts Eigenes, im Zweifel Schlechteres, entwickeln. Es reicht, die bestehenden Bestimmungen einzuhalten“, so Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen. ■

City-Lauf: Billiges Ablenkungsmanöver

Die Fakten stellen sich für die SPD wie folgt dar: Der Sportdezernent der Stadt Erfstadt, Volker Erner (CDU), gründet gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Sportausschusses, Adi Bitten (Grüne), einen Verein zur Förderung des City-Laufs. Erner wird Vorsitzender, Bitten wird stellvertretender Vorsitzender. Das Ordnungsamts, dessen oberster Chef Erner ist, genehmigt den ersten City-Lauf sechs Wochen vor dem geplanten Termin des Erfstadt-Laufs und tritt damit in direkte Konkurrenz zum bisherigen, erfolgreichen Erfstadt-Lauf. Die Sponsoren des Erfstadt-Laufs wechseln zum Förderverein City-Lauf. Dabei han-

Foto: Erfstadbilder



Die Kritik der SPD am Verhalten des Sportdezernenten im Streit um den Erfstadt-Lauf als Wahlkampfgetöse abzutun, ist ein billiges und dreistes Ablenkungsmanöver von den eigentlichen Fakten, erklärt der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Alfred Zimmermann. „Was sich hier abspielt, gehört sich nicht“, so Zimmermann. Die Fakten sprechen leider nicht für den Sportdezernenten

delt es sich im Wesentlichen um Vertragspartner der Stadt Erfstadt. Einer dieser Sponsoren, die RVK, hat einen Vertrag mit der Stadt Erfstadt bis zum Jahr 2011. Es sei Sache der Stadt, wie sie diesen Vertrag erfülle, heißt es seitens der RVK. Der Sportdezernent darf nicht selbstherrlich entscheiden, dass das Geld nun seinem Förderverein zukommt. „Meine Fraktionskolleginnen und -kollegen halten dies nicht für seriös“, erklärt Alfred Zimmermann. Über die Verwendung der Sponsorengelder der RVK müsse ein Ratsgremium entscheiden. Es habe nun einmal einen faden Beigeschmack, wenn der Beigeordnete entscheide, dass diese Gelder einem Verein zufließen, dessen Vorsitzender er ist. ■

100 Prozent gegen den Sport

Sportdezernent Volker Erner und Sportausschussvorsitzender Adi Bitten schaden dem Sport in Erfstadt. Das geht aus einem offenen Brief hervor, den der Stadtsportverband Anfang Juni an die beiden Politiker schrieb. Darin wirft der Stadtsportverband Erner und Bitten vor, mit dem von ihnen initiierten City-Lauf einen gewollten Konflikt zum bisherigen Erfstadt-Lauf erzeugt zu haben. Dies sei gegen die Interessen der Sportler. Der Stadtsportverband werde dies nicht dulden. „Der Stadtsportverband distanziert sich von dem Vorhaben, den von ihnen angestrebten City-Lauf in Erfstadt durchzuführen“, heißt es wörtlich in dem Schreiben. Sportdezernent und Sportausschussvorsitzender hätten die Aufgabe, die Erfstädter Vereine zu unterstützen und nicht, wie in diesem Fall geschehen, mit einer Gegenveranstaltung in Konkurrenz zu treten. „Der Sport in Erfstadt hält es für falsch und wird ihnen jegliche Unter-

stützung dieser Konkurrenzveranstaltung versagen“, erklärt der Verband in dem Schreiben. Der Sportverband hält es nicht nur „für sportlich unfair“, sondern sieht „die Befangenheit, die Erner und Bitten kraft ihrer Ämter als Sportdezernent und Sportausschussvorsitzender ein solchen Unterfangen sicherlich verbietet“. Die Tatsache, dass der Sportdezernent gleichzeitig Vorsitzender des Fördervereins City-Lauf ist und der Sportausschussvorsitzende das Amt des zweiten Vorsitzenden dieses Fördervereins ausübt, halten wir für sehr bedenklich“, erklärt der Vorstand des Stadtsportverbandes. Deutlich machte er, dass die Verwaltung als „Dienstleister für den selbstverwalteten Sport zu sehen ist. Der Grundsatz der Neutralität müsse auf jeden Fall gewahrt bleiben. Abschließend fordert er Erner und Bitten auf, sicher zu stellen, „dass Sport in Erfstadt Vereinssache ist und bleibt“.

Dienstaufsichts-Beschwerde

Erfstadt. Wegen der Ausgrenzung des VfB Erfstadt bei der Durchführung einer Erfstadt weiten Laufveranstaltung hat der VfB Erfstadt jetzt über seinen Anwalt eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Sportdezernenten Volker Erner (CDU) eingeleitet. Die SPD-Fraktion hat mittlerweile Akteneinsicht gefordert. „Wir wollen Klarheit darüber, was genau hinter den Kulissen bei dem Streit um den Erfstadt-Lauf/City-Lauf passiert ist“, heißt es dazu aus Reihen der Fraktion. Aufklären wolle man auch den Widerspruch, dass der Sportdezernent jetzt behauptet, er habe nie Einsicht in die kompletten Finanzen gehabt, aber noch vor knapp einem Jahr aussagte, alles sei in Ordnung. ■



SPD will fahrradfreundliche Stadt

Um in die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte, Gemeinde und Kreise in Nordrhein-Westfalen aufgenommen zu werden, muss in Erftstadt offensichtlich noch viel passieren. Auf einen entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion schreibt die Stadtverwaltung nämlich, dass die Stadt bereits im Jahr 1995 vergeblich versucht habe, in die Ar-

beitsgemeinschaft aufgenommen zu werden. Die Auswahlkommission der Arbeitsgemeinschaft hat sich gegen die Aufnahme der Stadt ausgesprochen. Die Neuaufnahme von Mitgliedern in die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise sei darüber hinaus in der Zwischenzeit erheblich erschwert worden. Die Stadtverwaltung schlägt nun vor, dass vor einer erneuten

Bewerbung ein in sich schlüssiges Konzept für die Verbesserung des städtischen Radverkehrsnetzes erarbeitet werden soll. Dazu müsste der Radverkehrsnetzplan fortgeschrieben oder neu aufgestellt werden. Außerdem müsste sich die Stadt verpflichten, in einem bestimmten Zeitraum eine Reihe von Verbesserungsmaßnahmen durchzuführen. Die Stadt weist gleichzeitig darauf, dass es keine Personalkapazitäten gebe, dies selbst zu erledigen. Ohne diese Voraussetzungen sei eine Bewerbung kaum erfolgreich. Für die Erstellung eines Radverkehrskonzeptes müssen Planungskosten in Höhe von 50.000 Euro bereitgestellt werden.

„Unsere Befürchtungen, dass die Stadt weit davon entfernt ist, fahrradfreundlich zu sein, bestätigt die Verwaltung jetzt“, erklärt der Vorsitzende der Erftstadt SPD, Uwe Wegner. In den letzten Jahren sei einfach zu wenig in den Ausbau des Radverkehrsnetzes investiert worden. Die SPD spreche sich deshalb jetzt für die Erstellung eines Radverkehrskonzeptes in Erftstadt aus. Allerdings sollte dies in Zusammenhang mit einem gesamtstädtischen integrierten Verkehrskonzept erfolgen. ■

Neun neue Kindergartengruppen

Die Stadt Erftstadt will bis zum Jahr 2013 neun neue Kindergartengruppen für die Betreuung der unter dreijährigen Kinder in Erftstadt einrichten. Das hat vor kurzem der Jugendhilfeausschuss unter der Leitung des Vorsitzenden Helmut Ockenfels (SPD) beschlossen. Der Stufenplan sieht vor, dass bis zum Jahr 2010 zunächst vier Gruppen (zwei in Bliesheim, je eine in Gymnich und Lechenich-Süd) errichtet werden. Bis zum Jahr 2013 sollen dann weitere fünf Gruppen folgen, davon zwei in Köttigen und je eine in Friesheim, Liblar und Lechenich. Regelmäßig soll anschließend Jahr für Jahr überprüft werden, inwieweit es Änderungen beim Bedarf gibt. Der Ausbau der Kindergärten stellt die Stadt vor hohe finanzielle Hürden. Der Ausbau und die Erweiterung der Kindergärten bis zum Jahr 2013 kosten rund 4,7 Millionen Euro, wobei der Anteil der Stadt bei 2,7 Millionen Euro liegt. Die Finanzierungs- und Betriebskosten für die neuen Gruppen liegen ab 2013 bei jährlich über 900.000 Euro.

Der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren ist nach Ansicht der SPD-Fraktion eine der wichtigsten Investitionen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. „Eine verlässliche Betreuung der Kinder muss für alle Altersgruppen gesichert sein“, erklärt dazu die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Claudia Siebolds.

Geschafft!

Liblar. Endlich! Geschafft! Nach jahrelangen Querelen und unnötigen Verzögerungen eröffnete die Stadt Anfang Juni das Bürgerbüro im Rathaus in Liblar. Nach Jahrzehnten bietet die Stadt in ihrem zentralen Rathaus nun unter anderem auch die Leistungen des Einwohnermeldeamtes an. Jeder kann dort einen Pass beantragen und verlängern lassen oder auch die Lohnsteuerkarte ändern lassen.

Lange hat's gedauert, bis CDU und FDP dem Ankauf des Ladenlokals im Parterre des Rathauses zustimmten. Lange hat's gedauert, bis sie die notwendigen Gelder für den Umbau einsetzten. Und lange hat es schließlich gedauert, bis die Stadt das Vorhaben umsetzte.



„Der jahrelange Kampf für das Bürgerbüro hat sich jedoch gelohnt“, erklärt Ortsbürgermeisterin Isolde Moron (SPD). Auch in Lechenich tut sich was in Sachen Bürgerservices. An der Bonner Straße wird in Höhe des Rotbaches ein neues Gebäude für das Lechenicher Bürgerbüro errichtet. „Bis dahin wird das Lechenicher Bürgerbüro im Haus Ganser untergebracht“, freut sich der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Ockenfels, der dies für die Übergangszeit beantragt hatte.

Erftstadt bouleva

Da wiehert der Amtsschimmel

► **Ahrem.** Seit einem Jahr ist die Reiterstaffel, die gemeinsam von den Maltesern und Reitverein Ahrem ins Leben gerufen wurde, im Einsatz. Stationiert ist sie auf dem Laacher Hof in Ahrem. Insgesamt gehören 15 Reiter zur Staffel, die eine Grundausbildung im Sanitätsdienst erhielten.

Zum ersten Mal eingesetzt wurde die Staffel bei einem Volks- und Straßenlauf um den Donatussee. Auch am Otto-Maigler-See war die Staffel schon in Einsatz. Gerade bei solchen Einsätzen hat eine Reiterstaffel deutliche Vorteile gegenüber dem Einsatz von Fahrzeugen oder Fußstreifen. Im Juni helfen sie bei den Hürther Wandertagen mit.

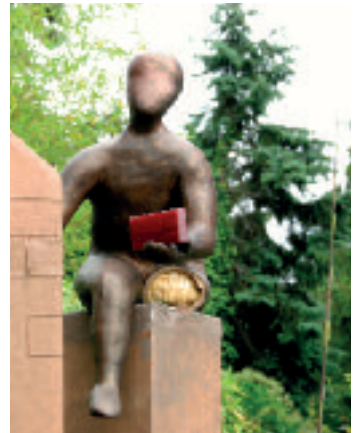


Ein Einsatz am Otto-Maigler-See brachte der Staffel eine Anzeige der Forstverwaltung ein – wegen Reitens im Wald auf nicht zugelassenen Reitwegen. Die Anzeige wurde zwar zurückgewiesen, jetzt braucht die Staffel aber für jeden Einsatz im Wald eine Genehmigung des Forstamtes. Da wiehert doch der Amtsschimmel!

Bei der Vorstellung der Staffel im letzten Sommer war viel Prominenz dabei, unter anderem Vizelandrat **Harald Dudzus**, SPD-Landratskandidat **Hans Krings**, die Vorsitzende des Reitvereins Ahrem, **Bettina Zilleken**, und Vizebürgermeister **Alfred Zimmermann**.

Mutwillig beschädigt

► Die Köttinger sind wütend und entsetzt. Die von der Künstlerin **Hannelore Götz** (Kreativhalle 44) geschaffene Figur am Denkmal auf dem Annaplatz in Köttingen wurde jetzt zum zweiten Mal beschädigt. „Es ist nicht zu fassen“, sind sich der Vorsitzende der Dorfgemeinschaft, **Werner Tittel**, und Köttingens Ortsbürgermeister **Alfred Zimmermann** (SPD) einig. „Der Annaplatz ist vor einigen Jahren von der Dorfgemeinschaft Köttingen mit großem Arbeitseinsatz und



hohen finanziellen Mitteln gebaut worden“; erklärt Tittel. Die Dorfgemeinschaft werde jetzt Strafanzeige gegen Unbekannt erstaten und eine Belohnung für Hinweise auf den Täter aussetzen.

Rock zur Entspannung



► Der Erftstädter **Uwe Pietrzyk** (54) ist Physiker. Am Ende eines arbeitsreichen Tages findet er Erholung mit Rock Musik. Dann packt er seine E-Gitarre aus und geht in den Keller seines Einfamilienhauses in Liblar. Sein Vorbild ist **Jimi Hendrix**. Mit seinem Verstärker lässt er aber nicht nur die Wände seines Hauses erzittern, sondern spielt zur Abwechslung gerne einmal auf der klassischen Gitarre und singt in einem Erftstädter Chor. Uwe Pietrzyk ist erst vor kurzem in die SPD eingetreten. Sein Sohn **Janosch Pietrzyk**, Vorsitzender der Erftstädter Jungsozialisten, kandidiert für die Erftstädter SPD in Liblar.



Waschbretter auf Kölner Ring

► **Lechenich.** Die neuen Radwegmarkierungen auf dem Kölner Ring bringen die Anwohner um ihren Schlaf. Die in den Einmündungen der Nebenstraßen unterbrochenen Linien mit einer Stärke von 2,5 Millimeter verursachen beim Überfahren erheblichen Lärm. Die SPD-Stadtverordneten **Margarete** und **Jörg Kliem**, sowie der Stadtratskandidat **Martin Krupp** haben nun die Verwaltung in einem Antrag aufgefordert, Abhilfe zu schaffen.



Schilda in Köttingen

Ortsbürgermeister **Alfred Zimmermann** machte lange im Vorfeld darauf aufmerksam: Der geplante Fußgängerüberweg an der Peter-May-Straße in Höhe der Straße „Im Längsbusch“ hat weit reichende Folgen für den Kiosk, das in Köttingen noch die einzige Möglichkeit bietet, Zeitungen, Lebensmittel oder anderes zu kaufen. Der Fußgängerüberweg hätte nämlich zur Folge, dass im Bereich des Kiosks automatisch ein absolutes Halteverbot entstehen würde.

Der Besitzer fürchtet deshalb das Aus für sein Geschäft. Zimmermann wandte sich an die Verwaltung. Vergeblich! Die Verantwortlichen planten und bauten weiter. Der Bürgersteig wurde abgesenkt, Lampen zur Beleuchtung des Überweges gebaut.

Der Fußgängerüberweg soll nun doch, wie von Zimmermann einst vorgeschlagen, um rund 20 Meter verlegt werden. Die unnötigen Kosten trägt einmal mehr der Steuerzahler.

Es sollte eines der vielen von CDU und FDP geplanten Vorzeigeprojekte werden: der Bau einer römischen man-



Bauruine

sio (Herberge) im geplanten Römerhof Park. In einem dreiwöchigen internationalen Workshop begannen Jugendliche aus Deutschland, Frankreich und Italien im Jahr 2008 mit der Herstellung der Herberge in Lehmbauweise.

Einrichtung der Baustelle, Durchführung der Workshops und einiges Mehr verschlangen knapp 30.000 Euro. Fertig wurde das Projekt nie. Irgendwann wurde ein teurer Zaun rund um die Baustelle gezogen. Jetzt gammelt das Gebäude, eine der vielen geplanten Maßnahmen im Rahmen des Regionale-Projektes Römerstraße, vor sich hin.

Wer dies sieht, kann verstehen, warum die SPD-Fraktion die weitere Planung und die Realisierung des archäologischen Landschaftsparks zwischen Lechenich und Liblar so lange aussetzen will, bis konkrete Zahlen über die Investitionskosten und die zu erwartenden jährlichen Folgekosten vorliegen. „Wir müssen nicht noch mehr teure Bauruinen schaffen, um dann festzustellen, dass die Umsetzung des Landschaftsparks für Erftstadt derzeit zu teuer ist“, so Fraktionsvorsitzender **Bernd Bohlen**.



abonnieren Sie kostenlos unseren
NEWSLETTER

unter

www.erftstadt-kompakt.de



Maria Korger – **Gymnich**



Kurt Kukla – **Gymnich**



Horst Heiken – **Kierdorf**



Alfred Zimmermann –
Köttingen/Kierdorf



Heinz Arens – **Köttingen**



Johannes Henseler –
Blessem/Frauenthal



Hans Sindermann – **Liblar**



Janosch Pietrzyk – **Liblar**



Holger Nietgen – **Liblar**



Franz Schmidt – **Liblar**



Ralf Petschellies – **Liblar**



Uwe Wegner – **Liblar**



Ute Junker – **Bliesheim**

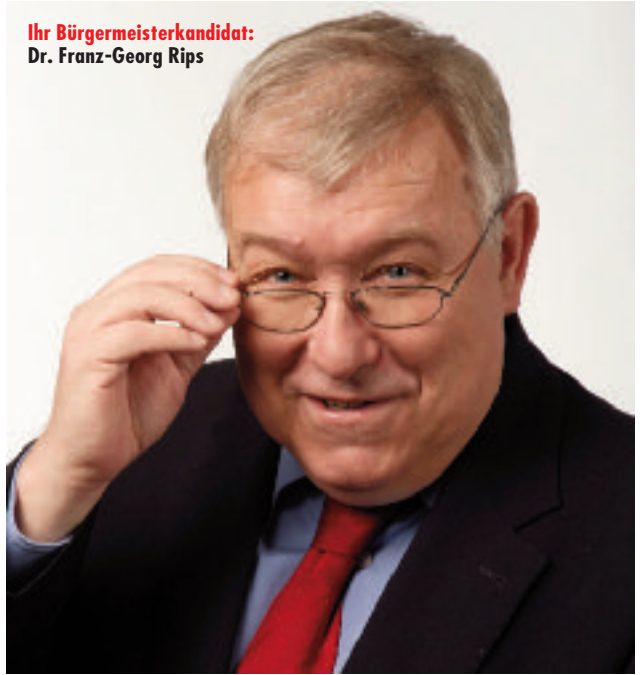


Bernd Bohlen – **Bliesheim**

Mit uns für



AM 30. AUGUST



Ihr **Bürgermeisterkandidat:**
Dr. Franz-Georg Rips



Klaus Bruske – **Friesheim/
Niederberg/Borr**



Claudia Siebolds –
Friesheim



Heinz Burrenkopf – **Erp**



Margarete Kliem –
Lechenich



Dagmar Andres –
Lechenich/Herrig



Martin Krupp – **Lechenich**

Erftstadt



Peter Oberhofer –
Lechenich/Konradsheim



Jörg Kliem –
Lechenich/Ahrem



Helmut Ockenfels –
Lechenich

DAS
WIRD
ANDERS
SPD

SOZIAL · GERECHT



Herbert Walinsky –
Lechenich



Axel Busch – **Dirmersheim**